

Ratsarbeitsgruppe Jugend

14. März 2017 10:00-14:10
Justus Lipsius

Teilnehmer:

Claus Binder, StVÖ (Berichterstatter)
Reinhard Macht, Land Tirol

TOP 1: Adoption of the Agenda

Die Tagesordnung wurde ohne Wortmeldung angenommen.

TOP 2 Information from the Presidency

Der **VS** informierte anhand beigefügter PPP zur Jugendkonferenz und dem GD Treffen: Die Jugendkonferenz wäre die erste innerhalb des 5ten Zyklus des strukturierten Dialogs. Während der Konferenz solle auch auf die Gefahren des Drogenkonsums am Beispiel der NL eingegangen werden. Das DG Treffen bzw. dessen Inhalt wäre bereits in der letzten RAG vorbereitet worden. Thema wäre „An integrated approach in the prevention of violent radicalisation“. Man wolle noch in dieser Woche eine E-Mail verschicken um nachzufragen, wer an diesem Treffen seitens der MS teilnehme. Eine Hintergrundinformation sowie weiterführende Informationen kämen noch bis 21.3.2016 per Mail.

AT fragte betreffend Jugendrat am 30.5.2016 wie der genaue Wortlaut des Themas des gemeinsamen Mittagessens mit den Bildungsministern wäre und wie das Setting geplant sei (1+1 oder nur MinisterInnen).

Der **VS** replizierte, zum Mittagessen gäbe es noch keine Informationen, es würden jedoch bald Informationen dazu zirkuliert. Auch verwies er auf das Video des NL Ministers unter TOP 5.

TOP 3: Information from the Commission

Die **EK** merkte zum 20ten Jahrestages des EU Freiwilligendienstes an, bis 2020 sollten weitere 100.000 Jugendliche an diesem Programm teilnehmen können. Andere Organisationen (regionale Organisationen und Unternehmen) sollten iwF angesprochen werden, so wolle man den Freiwilligendienst noch bekannter machen, es gäbe auch eine online Datenbank dazu. Das Hauptereignis zum Jahrestag werde am 20. und 21 Mai in Straßburg im EU Parlament stattfinden. Regionale Stellen würden sich ebenfalls beteiligen und in den eigenen Ländern Kampagnen durchführen. Der EU Jugendbericht wäre nun online verfügbar, man habe Infographiken veröffentlicht und die wichtigsten Daten der Länder idZ beschrieben und mit dem EU Durchschnitt verglichen.

Peer learning Gruppen (wie PEYR-Pool of European Youth Researchers) würden im April gestartet, man habe dazu Leitlinien ausgearbeitet, eine Einladung an die Mitglieder der RAG Jugend zum Start dieser Gruppen würde erfolgen. Man müsse mit diesem Thema weiter kommen, daher habe man etwas schriftlich verfasst, eine Art Zusammenfassung, wenn diese konsolidiert verfügbar sei, würde sie auf der auf peer learning Website veröffentlicht.

Was die EK Mitteilung „A new Skills Agenda for Europe“ angehe, werde diese Mitteilung am 25. Mai angenommen, es handle sich dabei um eine umfassende Agenda mit unterschiedlichen Initiativen die kurz- und mittelfristig wirken würden, von der Schule bis hin zum informellen Lernen. KOM Thyssen wäre mit noch einem weiteren Kommissar federführend zuständig, man wolle Fähigkeiten verbessern und interessanter gestalten. Auch wolle man besser planen, welche Fähigkeiten in Zukunft notwendig wären.



LV hinterfragte, wie diese Skills Agenda den Jugendbereich genau beeinflussen werde, insbesondere was das nicht formelle Lernen angehe. Was den Europass und die Bestrebungen nach Vereinheitlichung angehe, frage man sich, ob man den Europass mit dem Jugendpass verbinden wolle bzw. werde.

MT verwies auf den strukturierten Dialog und einer möglichen Verbindung mit der Skills Agenda um sektorübergreifend arbeiten zu können.

Die **EK** replizierte, es gäbe verschiedene Initiativen im Rahmen dieser Skills Agenda, einige dieser Initiativen wären mit der Jugendagenda stärker verbunden. EQF (Europäischer Qualifikationsrahmen) und der Jugendpass wären stärker verbunden, man habe aber noch keine abschließende Position als EK dazu. Was die Jugendgarantie iZm der Skills Agenda angehe, stehe man auch noch am Beginn der Arbeiten, zusätzliche Fähigkeiten als Ergänzung zu den vom Arbeitsmarkt und von der Beschäftigung benötigten Fähigkeiten wie gesellschaftliche und soziale Fähigkeiten wären für den Jugendsektor wichtig. Was die Frage MTs angehe, so könne man im Hinblick auf den strukturierten Dialog noch vertiefend diskutieren.

TOP 4: The Commission - Council of Europe Youth partnership

- Information from the Commission
- Comments and remarks

Die **EK** präsentierte anhand einer PPP, diese wäre in Zusammenarbeit mit dem Europarat (CoE) erstellt worden. Man arbeite mit Rahmenverträgen für 3 Jahre zusammen, die dann jährliche spezifiziert würden. Man wolle Synergien zwischen den Aktivitäten der jeweiligen Institution im Jugendbereich schaffen, dazu existiere auch EKCYP (European Knowledge Centre for Youth Policy).



FI hinterfragte hinsichtlich der Rahmenvereinbarung nach 2016, bis dato habe man mit 3 Jahresvereinbarungen gearbeitet, ERASMUS+, aus dem die Partnerschaft finanziert würde, laufe bis 2020, daher frage man sich, ob sich diese Laufzeit auch auf die Dauer der Rahmenvereinbarungen auswirke. Man wolle und müsse diese Partnerschaft auf beiden Seiten besser unterstützen und weiter ausbauen. Auch müsse man sich Gedanken zur Zukunft des EKCYP und Wiki Youth Tools machen, diese wären tlw. überlappend. Man hoffe darauf, diese Partnerschaft auch öfter aktiv in der Praxis zu bemerken bzw. zu bewerben.

BE erläuterte hinsichtlich des Budgets der 50:50 Finanzierungsgrundsatz solle auch weiterhin gegenseitig respektiert werden, dies wäre nicht immer der Fall gewesen. PEYR müsse stärker in der Jugendarbeit mitarbeiten. Man verstehe das EKCYP Tool als umfassender als Wiki Youth. Des Weiteren teile man die FI Anmerkungen. Es wäre wichtig, dass die Arbeiten auch nach 2018 mittel- und langfristig angelegt würden.

LU unterstützte die FI und BE Ausführungen. Der Arbeitsplan dieser Partnerschaft müsse sich auch nach dem von den Jugendministern beschlossenen Arbeitsplan richten. Man verstehe WIKI Youth als komplementär zu EKCYP und frage sich, wie die EK das sehe.

FR äußerte sich gleichlautend wie FI und BE zur Komplementarität.

SE sprach sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen EK und CoE aus, Duplizierung von Initiativen müssten jedenfalls vermieden werden, die Effizienz solle gestärkt werden. Auch unterstütze man die Idee, dass der von den Jugendministern beschlossene Arbeitsplan in diese Kooperation einfließe.

Die **EK** bekräftigte, den Arbeitsplan des Rates in die Partnerschaft mit einzubeziehen wäre die Absicht der EK, man werde dies umsetzen. Zum Verhältnis EKCYP und Wiki Youth existiere bereits ein Dokument zur Komplementarität, das das Team ggst. Partnerschaft geschrieben habe. Es gäbe einige Korrespondenten von EKCYP, die auch Korrespondenten von Wiki Youth wären, diese sollten zwischen den Instrumenten vermitteln um Verdopplungen zu vermeiden und um für ein gleiches Maß an Information zu sorgen. EKCYP könne darüber hinaus, was den Outreach angehe, auch in den MS des CoE etwas bewegen. Was die Zukunft der Partnerschaft angehe, gehe man davon aus, dass diese auch künftig fortgesetzt würde. Jedoch müsse man aus budgetären Gründen nun eine jährliche Rahmenvereinbarung verhandeln, da mit externen Organisationen drei Jahresvereinbarungen budgetrechtlich nicht zulässig wären. Dies wäre aber nicht so tragisch, man müsse ja auch jetzt schon jährlich über die Umsetzung der 3 Jahres Rahmenvereinbarungen verhandeln.

Der **VS** konkludierte, man müsse einen Informationspunkt zu diesem Thema laufend auf die Agenda dieser RAG setzen, dabei solle auch über das EKCYP und das Wiki Youth Tool informiert werden.

TOP 5: An integrated approach in the prevention of violent radicalisation

- Presentation of a Presidency discussion paper
- Exchange of views

Der **VS** leitete in das Thema ein und stelle das VS Papier vor, dieses Papier wäre Ausfluss aus der vergangenen RAG Sitzung gewesen. Es wäre schwierig RSF zu erstellen, es wäre noch nicht abschließend klar, was unter einem integrativen Ansatz iZm der Radikalisierung genau zu verstehen wäre. Dies wolle man daher in ggst. Sitzung klären und in der nächsten RAG im April dann die RSF diskutieren. In seiner [Videobotschaft](#) sprach der NL Minister dann das gemeinsame Mittagessen der Bildungs- und Jugendminister an, in dem es um „Resilience of young people in Education and Youth Works“ im Sinne eines Austausches bester Praktiken gehen solle. Die Vorbeugung von Radikalisierung wäre schließlich eine NL Priorität. Im weiteren Verlauf wurden die NL Aktivitäten dargestellt, die bereits im Zusammenhang mit Radikalisierung stattgefunden hätten bzw. stattfinden würden. Eine Konferenz zur Radikalisierung habe in Amsterdam stattgefunden. 100 nationale Politiker und andere Stakeholder hätten sich zu diesem Thema ausgetauscht. Die Ergebnisse dieses Austausches wären gewesen: Es bedürfe einer maßgeschneiderten Vorbeugung von Radikalisierung, Opfer wären tlw. auch zugleich Täter. Lokale und indikative Strukturen (Netzwerke), die bereits bestünden, könnten gegen Radikalisierung zum Einsatz kommen. Der Einfluss von Gleichaltrigen könne sowohl eine große positive als auch negative Wirkung haben.

Am 24. Februar 2016 habe der Bildungsrat stattgefunden. Dabei wäre man zur Erkenntnis gekommen, dass Medienkenntnisse für junge Menschen notwendig wären um diese Medien kritisch betrachten zu können. Schulen könnten bei der Vorbeugung von Radikalisierung eine wichtige Rolle spielen, müssten dabei aber unterstützt werden.

Aktuell diskutiere man, was ein integrativer Ansatz zur Vorbeugung von Radikalisierung bedeuten könnte. Diese Diskussion werde am 7. April 2016 auf der Jugendkonferenz in der High Level Debatte diskutiert. Auch auf dem GD Treffen solle diese Frage erörtert werden, sowie die Rolle der Jugendarbeit zur Vorbeugung gewaltsamer Radikalisierung.

Auch würden internationale Expertentreffen zum Thema Radikalisierung abgehalten, wie am 20.-22. April 2016 betreffend peer learning iZm Medienkenntnissen und Unterstützung von kritischem Denken, Jugendarbeiter und der Bildungssektor wären bei diesen Expertentreffen ebenfalls Thema, EK werde die Einladungen im Laufe dieses Monats an die Delegationen versenden.

All diese Informationen würden am EYCS Rat im Mai 2016 zusammenfließen, einerseits durch die RSF zur Radikalisierung und die Rolle der Jugendarbeit sowie durch die



angekündigte Diskussion der Minister. Beim informellen Mittagessen der Bildungs- und Jugendministern werde die Rolle der Erzieher und Jugendarbeiter erörtert, die die Widerstandsfähigkeit der Jugendlichen verbessern solle um Radikalisierung vorzubeugen.

Im Anschluss präsentierte Frau Saskia Tempelman anhand einer PPP.

Der **VS** wollte zuerst nur Frage 1 zur Debatte stellen und erst im weiteren Sitzungsverlauf Fragestellung 2.

CZ verwies auf eine national breite Zuständigkeit iZm dieser Fragestellung und die dafür notwendige breite nationale Debatte. Daher ersuche man den VS dringend die RSF bald vorzulegen. Der **VS** replizierte, man wäre sich der geteilten Zuständigkeiten bewusst und werde versuchen die RSF 2 Wochen vor der nächsten RAG zu verschicken um diese breite Konsultation zu ermöglichen.

FR man wolle keinerlei Stigmatisierung und klar definierte Begriffe. Es wäre unklar, was mit Risikogruppe im Detail gemeint wäre.

DE merkte an, der Fokus auf den 3 Ebenen läge auf der Mikroebene, das wäre eine Schwäche dieses Systems, da es die Makroebene außer Acht lasse und diese Ebene ebenfalls Berücksichtigung finden müsse.

SE unterstützte den VS Vorschlag bezüglich der 3 Ebenen, auch national habe man ein ähnliches System etabliert. Daher solle dieser Ansatz weiter verfolgt werden.

LV merkte an, um dieses Modell der 3 Ebenen zu unterstützen, müsse man mehr im Detail mit den nationalen Experten zusammenarbeiten um die nationalen Anknüpfungspunkte zu identifizieren. Auch die Definitionen müssten nachgeschärft werden. Zur Frage 2 könne man sich derzeit nicht vertiefend äußern.

DK konnte das vom VS vorgeschlagene Modell der 3 Ebenen unterstützen.

BE unterstützte die FR Position, man fürchte, das vorgeschlagene System würden Bevölkerungsschichten stigmatisiert. Man wolle wissen, warum der VS diesen Präventionsrahmen gewählt habe. Den Rest des Textes finde man nicht besonders glücklich, hier würde Jugend- und Sozialarbeit miteinander vermengt, Jugendarbeit wäre größtenteils freiwillig, dies würde vom VS Text kaum berücksichtigt. Es dürfe aus nationaler Sicht nicht um Harmonisierung gehen, wie dies im VS Papier dargestellt wäre, daher könne man den VS Vorschlag nicht unterstützen. Mit dem vorgeschlagenen System des VS laufe man Gefahr, erlangtes Vertrauen wieder zu verspielen. National arbeite man darüber hinaus nicht mit Zielgruppen, diese würden brandmarken und wären zu arbeitsintensiv. Jugendarbeit dürfe nicht für andere Zwecke instrumentalisiert werden.

MT führte aus, die Kompetenzen der Jugendarbeiter müsse ebenfalls Berücksichtigung finden. Jugendarbeit müsse mehr Anerkennung erhalten, diese werde meistens als selbstverständlich hingenommen.

CY merkte an, man würde mehr Zeit zur Analyse des Dokumentes benötigen um alle zuständigen Stakeholders einbinden zu können.

HR wollte die regionale Ebene nicht zu stark im RSF Text betonen, dort solle es ganz generell „policy maker“ heißen unter Verweis auf die regionale Ebene. Relevante Schutzfaktoren sollten berücksichtigt werden, wie beispielsweise die Stärkung des generischen Ansatzes. Man müsse sich auch auf Hochrisiko Jugendliche konzentrieren und nicht nur auf Jugendliche, die bereits erste Radikalisierungsanzeichen zeigten. Alle



Interessensträger müssten an der Diskussion zum integrativen Ansatz beteiligt werden. Stakeholder müssten ihre Kapazitäten noch weiter aufbauen können.

PT vertrat die Auffassung, das Thema müsse sich noch weiter entwickeln, man benötige detailliertere Informationen und Studien haben um zu hinterfragen, ob dieser Ansatz mit 3 Ebenen der richtige wäre.

ES unterstützte den VS Ansatz hinsichtlich der 3 Ebenen, bei Ebene 2 denke man, dass dort die Geschlechterperspektive eine größere Rolle spielen solle bzw. könnte, Frauen und Männer wären in dieser Ebene nicht gleichzustellen.

IT sprach sich für den integrierten Ansatz aus. Öffentliche Stellen und Schulen müssten eine wichtige Rolle idZ haben. National habe man sich kürzlich mit diesem Thema beschäftigt. Extremismus müsse im Ursprung bekämpft werden. Man wolle mit einem nationalen Projekt daher Studenten sensibilisieren und aufmerksam machen.

FI unterstützte den VS Vorschlag mit 3 Ebenen als Ausgangspunkt für die RSF, man wolle aber demnächst den RSF Text sehen. Der ggst. vorgelegte Text konzentriere sich stark auf die lokale Ebene, man benötige aber auch die internationale Dimension und müsse sich mit selbiger beschäftigen und einen Informationsaustausch etablieren um geeignete Bedingungen für die lokale Ebene zu schaffen. Was die Vorbeugung angehe, wolle man einen stärkeren Schwerpunkt auf den Dialog mit jungen Menschen setzen und die Gründe für Radikalisierung herauszufinden. Man müsse um Radikalisierung zu vermeiden schon früher ansetzen, bevor junge Menschen die ersten Anzeichen für Radikalisierung zeigten.

LU konnte mit dem VS Vorschlag betreffend 3 Ebenen etwas anfangen, dieses Modell wäre auch anerkannt, würde aber momentan nicht im Radikalisierungszusammenhang verwendet. Man wolle junge Menschen bei der Findung ihrer Identität unterstützen.

LT konnte den Vorschlag des VS zu den 3 Präventionsebenen unterstützen, man wolle aber den Entwurf der SF abwarten um genauere Anmerkungen machen zu können. Der Schwerpunkt solle stärker auf die nationale Ebene gelegt werden.

Im weiteren Verlauf wurde die Frage 2 vom VS zur Diskussion gestellt.

AT befand das vorgelegte Diskussionspapier für gut und begrüßte es. Die darin angesprochenen drei Stufen der Prävention wären gut nachvollziehbar. Eine vertiefende Ausbildung, was die demokratischen Werte angehe, wäre für die gesamte Gesellschaft anzustreben und nicht nur für Risikogruppen. Was die Risikogruppen angehe, müsse Stigmatisierung vermieden werden, die gesamte Risikogruppe dürfe nicht unter Generalverdacht gestellt werden. In der Praxis wäre ein integrierter Ansatz manchmal schwierig umzusetzen, insgesamt jedoch aufgrund der Komplexität des Themas unbedingt notwendig. Institutionalisierte Vernetzung würde, wie im Dokument dargestellt, dringend benötigt. In diesem Zusammenhang wäre es nötig, Hierarchien abzuflachen um unter den betroffenen Kreisen eine Kommunikation und Transparenz zu etablieren ohne jedweden Konkurrenzdruck untereinander. Was die Fortbildung und Stärkung der Medienkompetenz von JugendarbeiterInnen angehe, sollten Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zu Themen wie Demokratie, Menschenrechte, Rolle der Religionen, Sexualität, Gender oder Antisemitismus erfolgen. Dazu könnten Projekte mit Schulen zur praktischen politischen Bildung angeregt werden. Im Vordergrund stünden immer Menschen-, Kinder- und Frauenrechte.

Eine wichtige Voraussetzung für gute Präventionsarbeit sei es, mehr über junge Menschen und ihre Beweggründe zu wissen, auch was ihre Religion und ihren kulturellen Hintergrund angehe. JugendarbeiterInnen sollten daher eine Grundkompetenz im Bereich Religion haben. Radikalismus fuße oftmals darauf, dass junge Menschen aufgrund mangelnden

diesbezüglichen Wissens in einer prekären sozialen Situation gepaart mit persönlicher Orientierungslosigkeit sich von Menschen beeindruckt lassen, die ihnen religiös motiviert eine radikale Änderung ihres Lebens anböten. Auch müsse unter den JugendarbeiterInnen ein Grundverständnis für nach Europa getragene Konflikte und für die aktuellen politischen Situationen (Syrien, Afghanistan, Israel, Palästina) geben, ein Wissen über Gemeinschaften und Ethik der Herkunftsländer junger Menschen wäre ebenfalls notwendig. Insbesondere deshalb wäre es auch wichtig, JugendarbeiterInnen aus den Herkunftsländern von Jugendlichen zu suchen und auszubilden. Was die jungen Menschen angehe, müssten grundsätzlich Bildungschancen erhöht werden um dadurch die Negativspiralen zu stoppen und der Armut vorzubeugen

Nährboden des Radikalismus wäre auch in der mangelnden Integration der „Fremden“ zu finden, es müsse gelingen, dass sich junge Menschen mit ihrer Kultur und Religion in Europa angenommen und beheimatet fühlten. Daher müsse auf der Kommunalebene ein Klima geschaffen werden, dass junge Menschen mit anderer Kultur und Religion nicht ausschliesse sondern ihnen das Gefühl vermittele, wichtig für die Aufnahmegesellschaft zu sein. Gleichzeitig müssten die jungen Menschen der Aufnahmegesellschaft spüren, dass die Grundwerte unseres Zusammenlebens für alle Gültigkeit entfalten würden. Auch solle es zu einer europaweiten Kooperation von akademischen Institutionen kommen, um ein besseres Verständnis für die Gründe von Radikalisierung zu entwickeln.

DE forderte eine Information aller Interessensgruppen.

LU meinte, es gäbe 2 unterschiedliche Bereiche, die man erörtern müsse. Das Papier fokussiere auf lokale Partnerschaften für Jugendliche. Die lokale Ebene wäre zweifelsohne wichtig, dabei dürfe aber die nationale Ebene nicht aus dem Blick verdrängt werden. Das Budget für Jugendarbeit wäre in den vergangenen Jahren gekürzt worden, daher wäre die Finanzierung von internationalen Partnerschaften eine große Herausforderung.

HU unterstützte den Inhalt des VS Dokumentes, der gewählte Ansatz mit 3 Ebenen wäre gut, jede Ebene müsse aber zusätzlich aus Sicht der verschiedenen Politikbereiche beleuchtet werden. Auf lokaler Ebene sollten beste Praktiken ausgetauscht werden, die Subsidiarität wäre ebenfalls wichtig idZ.

FR merkte an, der integrative Ansatz müsse auch klare Grenzen haben, um die Herausforderung der Radikalisierung zu lösen, wären gemeinsame Werte notwendig.

BE unterstützte den LU Ansatz hinsichtlich des nationalen und regionalen Niveaus, letzteres müsse ebenfalls Beachtung finden. Man müsse auch Instrumente bereitstellen um eingreifen zu können, insbesondere dann wenn die nationalen sozialen Stellen ein Eingreifen empfehlen würden.

DK erkannte die Notwendigkeit such mit peer learning und Ausbildungskursen für Jugendliche vertiefend zu beschäftigen, einige könnten aus Erasmus+ finanziert werden, dies solle auch so in die RSF aufgenommen werden.

IT verwies auf ein nationales Projekt bei dem Polizei, Schulen und gemeinnützigen Vereinigungen zusammenarbeiten würden um Radikalisierung zu vermeiden. Dabei wäre ein Pilot ausgearbeitet worden und Sozialarbeiter wären auf den Dialog mit Migranten der zweiten Generation geschult worden.

RO vertrat die Meinung, der integrative Ansatz wäre von höchster Bedeutung, dieser müsse aber auch den Leitlinien der Jugendstrategie entsprechen. Kritisches Denken, Sensibilisierungskampagnen sowie Kontakt mit der Zivilgesellschaft wären notwendige Elemente für einen solchen Ansatz. Bestehende Netzwerke sollten so gut wie möglich

genutzt werden. Radikalisierung wäre national keine unmittelbare Bedrohung. Man glaube, dass Jugendarbeit auf allen Ebenen sowie soziale Integration wichtige Themen idZ wären.

Wie vom **VS** angemerkt, würde die Erstellung der RSF mit einer noch nicht angenommenen EK Mitteilung zur Radikalisierung zusammenhängen, die diese RSF noch entscheidend beeinflussen könnte. Die **EK** replizierte darauf, derzeit könne man keine Antwort zu dieser EK Mitteilung machen. Auf explizite Nachfrage, was diese Aussage bedeute, ergänzte die EK, dass man derzeit weder wisse, ob diese Mitteilung veröffentlicht werde noch wann noch mit welchem Inhalt.

Der **VS** konkludierte, eigentlich wären 70% der RSF bereits fertig gewesen und man habe durch ggst. Aussprache versuchen wollen, die restlichen 30% des RSF Textes zu finden, man ersuche die Delegationen noch um ein wenig Geduld hinsichtlich des Inhalts. Bis spätestens 1.4.2016 werde man ein Konzept bzw. die RSF vorlegen. 6 Punkte nehme man aus der heutigen Debatte zur Kenntnis:

- 1.) eine große Anzahl von Delegationen unterstützten den VS Ansatz hinsichtlich der 3 Ebenen. Dies gelte für die lokale regionale und nationale Ebene.
- 2.) Kenntnisse und Fertigkeiten von Jugendarbeitern wären wesentlich, dies müsse sich der VS noch näher ansehen.
- 3.) Innerhalb der EU gäbe es verschiedene Arbeitsweisen hinsichtlich der Jugendarbeit, dabei existierten freiwillige wie auch professionelle Jugendarbeitkonzepte. Jedenfalls müsse man die bestehende Arbeit von Jugendarbeitern im RSF Text berücksichtigen. Noch auszuarbeiten wäre, wie man diesen Punkt noch besser in den Text zum Thema Radikalisierung integriere.
- 4.) Wissenschaftliche Untersuchungen wären idZ wichtig, man müsse auch voneinander lernen iS eines Austausches bester Praktiken, dafür müsse noch ein Gleichgewicht gesucht werden.
- 5.) Der integrierte Ansatz müsse positiv formuliert werden und dürfe zu keiner Stigmatisierung führen
- 6.) Die Reihenfolge ggst. Zusammenfassung sage nichts über die Bedeutung der erwähnten Punkte aus, der integrierte Ansatz müsse noch weiter ausgearbeitet werden, insbesondere wie man Akteure idZ stimulieren könne.

TOP 6: AOB

SK informierte über eine hochrangige Konferenz zur Integration von Roma-Jugendlichen, die im Rahmen einer sektorübergreifenden nationalen Zusammenarbeit von Bildung, Justiz, Familie und Jugend organisiert würde. Diese Konferenz finde nach der Jugendkonferenz am 8. und 9. Oktober 2016 in Kosice statt. Man suche noch spezielle Teilnehmer auf Ebene der eigentlich Ausgegrenzten, und ersuche bereits jetzt um Zusammenarbeit der MS bei der Nominierung dieser TN bzw. auch um Kontaktaufnahme betreffend Inhalt der Konferenz.